

## DEUTSCHE POLITIK

Die Krise an der  
Freien Universität Berlin —  
Symptom einer Gesellschaftskrise

Weniger denn je sind die Universitäten heute elfenbeinerne Türme, in die der Geist sich aristokratisch aus den Niederungen der Gesellschaft zurückziehen könnte. Mehr denn je ist das Leben der Universität mit dem Leben der Gesellschaft — und das heißt, nolens volens auch mit dem politischen Leben — verwoben. Dieser Sachverhalt manifestiert sich kaum irgendwo so deutlich wie in der nun schon seit Jahren schwelenden Krise der Freien Universität Berlin. Was gerne als weitgehend lokal bedingter akademischer Sonderfall aufgefaßt wird, ist in Wahrheit ein Symptom einer allgemeinen Gesellschaftskrise, die keineswegs nur auf die Gesellschaft der Bundesrepublik beschränkt ist, sondern mehr oder weniger ausgeprägt die gesamte „westliche“ Gesellschaft charakterisiert.

Der Rektor der FU, Prof. *Hans-Joachim Lieber*, meinte nach den jüngsten Auseinandersetzungen zwischen Studentenschaft und Senat sinngemäß, die Studenten versuchten jene Revolution der gesellschaftlichen Verhältnisse, die in der Gesellschaft selbst durchzuführen ihnen nicht möglich sei, innerhalb der Ersatz-Gesellschaft der Universität zu verwirklichen. Damit ist die eine, studentische Seite des an der FU herrschenden Malaise formal treffend charakterisiert. Aber eben nur die eine Seite. Nicht nur der politisch engagierte Teil der Studentenschaft — eine Minderheit von bestenfalls einem Fünftel aller Studierenden —, sondern auch eine aktive Minderheit der Professorenschaft scheint die Universität als Ersatz-Gesellschaft zu betrachten, in der man zu verwirklichen sucht, was in der Gesellschaft als solcher zu verwirklichen einem verwehrt ist. Bloß daß es diesen Professoren nicht um Revolution, sondern um die Restauration einer wesentlich autoritären, obrigkeitstaatlichen Ordnung zu gehen scheint.

So üben sich die aktiven Minderheiten der Studenten und Professoren im Sandkasten der Universität in Strategie und Taktik eines politischen Kampfes, der gelegentlich von beiden Seiten als eine Art Klassenkampf aufgefaßt und geführt wird. Entscheidend ist das „von beiden Seiten“, denn mit der leider üblichen einseitigen Verketzerung der Studenten, die linksradikal verseucht seien, die Straße mobilisieren wollten und bloß nach Macht hungerten, wird weder das Wesen der FU-Krise noch die Rolle der Studenten in ihr erkannt. Das kämpferische Verhalten der aktiven Studenten-Minderheit ist wesentlich eine Reaktion auf zum Teil recht fragwürdige Maßnahmen oder Verhaltensweisen der Professorenschaft, ja man muß sich sogar fragen, ob die FU-Krise — auch darin wäre sie ein Spiegelbild der allgemeinen Gesellschaftskrise — nicht weit eher ein Professoren- als ein Studentenproblem ist, und das heißt eben ein Problem der älteren Generation.

Nun ist bekanntlich die reichlich „feudalistische“ Struktur unserer Universitäten an der FU durch das sog. „Berliner Modell“ bis zu einem gewissen Grade demokratisiert worden. Und gerade weil in Berlin den Studenten gewisse demokratische Selbstbestimmungsrechte eingeräumt wurden, hat hier die allgemein latente Hochschulkrise eine solche Zuspitzung erfahren. Einerseits untergräbt das Berliner Modell die traditionelle Selbstherrlichkeit des deutschen Professors, was einige Professoren schon psychisch nicht ertragen zu können scheinen und bei politisch zur Rechten neigenden Professoren das obrigkeitstaatliche Erbe reaktiviert und sie nach autoritären Maßnahmen rufen läßt. Einige haben denn auch offen dem Berliner Modell den Kampf angesagt. Andererseits werden die engagierten Studenten durch das Verhalten dieser Professoren gele-

gentlich dazu provoziert, eine Erweiterung ihrer demokratischen Rechte zu verlangen, die insofern problematisch wäre, als die Universitäten schließlich Lehrgemeinschaften sind, in denen eine gewisse „Lehrende-Lernende-Hierarchie“ gewahrt bleiben muß.

Aber hinter diesem Kampf um Abschaffung oder Erweiterung des Berliner Modells verbirgt sich die letztlich vielleicht entscheidende Auseinandersetzung um die Frage: „Politisierung oder Entpolitisierung der Universität?“. Der engagierte Teil der Studentenschaft kämpft für eine engere Verbindung zwischen Universität und Politik, wobei nicht etwa an Parteipolitik, sondern an die großen Fragen der Innen- und Außenpolitik gedacht und unter „Politik“ vor allem die Schaffung eines politischen Bewußtseins verstanden wird. Man darf nicht vergessen, daß diese Studenten kurz vor oder nach dem Ende des zweiten Weltkriegs geboren wurden. Sie sind die Kinder einer Generation von politischen Versagern oder Schuldigen. Sie sind die Erben der „unbewältigten Vergangenheit“. Muß man da gleich Linksradikalismus und Machtstreben wittern, wenn diese Jugend die katastrophalen Fehler ihrer Väter nicht wiederholen und sich rechtzeitig politisch bilden und engagieren will? Viele ihrer Professoren haben das Alter ihrer Väter, einige Professoren haben auf üble Weise den National-Sozialismus unterstützt, andere sind so mitgelaufen: Ist es da nicht mehr als verständlich, wenn diese Jugend der Professorenschaft zunächst einmal mit Skepsis begegnet und auf jedes autoritäre Verhalten eines Professors mit doppelter Empfindlichkeit reagiert? Die Forderung einiger Professoren nach Entpolitisierung der Universität empfinden diese Studenten mit Recht als Versuch, sie politisch zu entmündigen, und zwar von Seiten derer, die politisch so eklatant versagt haben wie die Generation ihrer Väter. Auf der großen Demonstration der FU-Studentenschaft im Juni 1966 wandte man sich wiederholt gegen den „wilhelminischen“ Geist einiger Professoren, und es wurde die Frage gestellt: „Sind denn Professoren, die in der Hitlerzeit politisch so sehr versagt haben, politisch tatsächlich reifer als wir Studenten?“

Was die Studenten am Verhalten einiger Professoren, die sich in der Auseinandersetzung mit der Studentenschaft besonders engagieren, erleben, ist eben jener Geist einer zu autoritären Formen zurückdrängenden Restauration, der sie an der Entwicklung der Bundesrepublik als solcher schreckt. Der AStA-Vorsitzende *Knut Nevermann* meinte in seiner Rede auf der Immatrikulationsfeier, die den Senat zum Fernbleiben veranlaßt hatte, die Vorfälle an der FU seien Symptome für „die Verfestigung hierarchischer Strukturen, die Zurückdrängung der Impulse der Nachkriegszeit, wie sie sich in der Konzeption, einen sozialen und demokratischen Rechtsstaat auf-

zubauen, niederschlugen". Ein Symptom weiter dafür, „daß die Gesellschaft auf dem Wege ist zur Gleichmachung und Formierung, daß die Universität — integriert in diesen Entwicklungsprozeß — auf dem Wege ist zu einem rationell funktionierenden Betrieb, zu einer Akademiker-Fabrik . . . mit der Aufgabe, möglichst billig Spezialfunktionäre auszustoßen". Und dann sagte er das Entscheidende: „Auf diesem Hintergrund müßte die politische Tätigkeit der Studenten verstanden werden, die man so oft als ‚Ruhestörung‘, als Politisierung‘ und ‚Radikalisierung‘ abzuqualifizieren sucht, nämlich als ohnmächtiger Versuch, die Entmündigung des einzelnen aufzuhalten und ein kritisches Bewußtsein zu schaffen.“

Wäre es nicht an den Professoren, diesen „ohnmächtigen Versuch“ ernst zu nehmen? Nach meinen persönlichen Erfahrungen mit den Berliner Studenten ist ihr Bestreben, die politische Entmündigung des einzelnen aufzuhalten und ein kritisches Bewußtsein zu schaffen, durchaus ehrlich gemeint und entsprechend ernst zu nehmen. Diese Studenten sind, von einer völlig verschwindenden Minderheit abgesehen, alles andere als linksradikale Revoluzzer. Als auf der erwähnten Juni-Demonstration einmal klassenkämpferische Töne angeschlagen wurden, gab es sogleich laute Buhrufe und Zischen, und eine eindeutige Mehrheit setzte durch, daß die ursprünglich etwas radikal formulierte Schlußresolution erheblich „gemildert“ wurde. Diese Jugend ist kritisch und skeptisch, sie ist wach und reagiert äußerst empfindlich auf autoritäres Verhalten, Elite-Denken, politische Irrationalismen und hochtrabende politische Ideologien, die durch die Wirklichkeit demontiert werden. Es herrscht ein allgemeiner Ideologieverdacht vor, der diese akademische Jugend auch davon abhält, sich — von unbedeutenden Ausnahmen abgesehen — vorbehaltlos zum Marxismus zu bekennen.

Es ist eine suchende Jugend, deren Leitbild eine demokratischere und sozialere Demokratie ist. Und vor allem: es ist eine ansprechbare Jugend. Da, wo sie sich ernst genommen und verstanden fühlt, klappt das Verhältnis zwischen Professor und Studenten ausgezeichnet. Zwar wird — glücklicherweise — in Seminaren und Übungen den Dozenten oft entschieden widersprochen, aber mir ist es während eines ganzen Semesters kein einziges Mal passiert, daß sich dabei ein Student auch nur im geringsten im Ton vergriffen hätte. Auch die Juni-Demonstrationen an der FU — von nachmittags drei bis nachts um ein Uhr! — vollzogen sich in erstaunlich disziplinierter Form.

Diese akademische Jugend ist gegen Nationalismus und Militarismus, überhaupt gegen alles, was Staat und Gesellschaft mit Irrationalem vermengt. Wer an dieser Jugend so heftige Kritik übt, wie dies von Seiten gewisser Professoren geschieht, dem muß man die

Frage stellen: soll die deutsche Jugend denn wieder Schafstiefel und Uniformen anziehen und SA-Lieder gröhlend jüdische Geschäfte anzünden? Ich kann auf Grund meiner eigenen Erfahrung mit dieser Jugend nur sagen: eine bessere Jugend hat Deutschland sehr wahrscheinlich noch nie gehabt.

Einer Minderheit von Professoren jedoch scheint es schwer zu fallen, mit dieser Jugend in Kontakt zu kommen. Wenn es nach *Karl Jaspers* Grundsatz der Demokratie ist, „Vertrauen zum Volk“ zu haben, dann wird diesem Grundsatz, was das Volk der Studenten anbelangt, offenbar von einer Minderheit von Professoren nicht nachgelebt. Noch weit weniger dem weiteren Grundsatz, wonach Demokratie Diskussion ist. Wie schwer scheint es doch einem gewissen Typ des deutschen Professors zu fallen, mit Studenten — die doch immerhin wahlberechtigte Staatsbürger sind — von gleich zu gleich zu diskutieren, ohne sich sogleich aufs hohe Roß der Unfehlbarkeit zu setzen.

Da erschien im „FU-Spiegel“ eine im Ton durchaus nüchterne, zurückhaltende Kritik an einer Vorlesung, an der sachlich allerdings einiges ausgesetzt wurde. Der betreffende Professor reagierte darauf mit diesen Worten: „Das ebenso arrogante wie wissenschaftlich ahnungslose Produkt Ihres anonymen Schmierfinken richtet sich selbst . . . — . . . daß die Redaktion . . . die erschreckende Gewissenlosigkeit besitzt, wegen der dummen Eitelkeit eines feigen Anonymus andere Studenten der geradezu beleidigenden Verdachtsgefahr auszusetzen, womöglich Urheber dieser ‚Expertise‘ zu sein, stelle ich mit Abscheu fest.“ Begreift man das Verhalten der Berliner Studenten nicht besser, wenn man diese Zeilen eines Ordinarius der FU liest?

Noch etwas ist zu sagen. Eine aktive Minderheit von Professoren kämpft für eine „Entpolitisierung“ der Universität. Der Geist soll also wieder einmal von der „schmutzigen Politik“ getrennt werden. Aber hat man denn tatsächlich vergessen, daß eben diese Trennung entscheidend mitverantwortlich dafür war, daß so unfaßbar viele deutsche Professoren beim Ausbruch des ersten Weltkrieges „Hurrah!“ riefen und später in ihrer politischen Blindheit auf den größten politischen Verbrecher aller Zeiten hereinfließen? Sind *Thomas Manns* „Betrachtungen eines Unpolitischen“ nicht für alle Zeiten ein Mahnmal, nie wieder zu jener Unpolitik zurückzukehren, die immer nur reaktionäre Politik ist, da sie das — von den Studenten geforderte — kritische Bewußtsein nicht entwickelt und das politische Mündigwerden sabotiert?

Es müßte zu alledem noch sehr viel mehr gesagt werden. Vor allem auch ein Wort über das eklatante Versagen der politischen Parteien Westberlins und des Regierenden Bürgermeisters *Brandt*, deren demokratische Pflicht es

schon vor Jahren gewesen wäre, sich intensiv um das Geschehen an der FU zu kümmern. Auch das Thema „Hochschulreform“, das immer mehr eine zentrale Rolle spielt, konnte hier nicht erörtert werden. Aber wenn Professor *Karl August Bettermann*, ein Exponent des kämpferischen Flügels der Professenschaft, meinte, man solle nicht von einer Hochschulreform, sondern von einer Studentenreform

sprechen, dann wäre dem entgegenzuhalten: Auf Grund so mancher Vorkommnisse in den letzten Jahren — bis zu der oben wiedergegebenen Reaktion auf eine Vorlesungskritik — muß man sich fragen, ob' die von Bettermann gewünschte Studentenreform nicht am schnellsten und wirkungsvollsten durch eine gewisse partielle Professorenreform zu erreichen wäre.

*Dr. Arnold Künzli*